

Beschlussvorlage
vom 15.05.2023

öffentliche Sitzung

**Fortführung des Projektes "Stärkung der niedrigschwelligen
Suchtberatung für wohnungslose Menschen";
Beschluss über den Folgeantrag**

Beratungsreihenfolge

Datum	Gremium
31.05.2023	Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt
01.06.2023	Städteregionsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Städteregionsausschuss trifft folgende Entscheidungen:

1. Er unterstützt den von der Verwaltung eingereichten Verlängerungsantrag zur Fortführung des Projektes „Stärkung der niedrigschwelligen Suchtberatung für wohnungslose Menschen“.
2. Er stellt fest, dass das Projekt kostenneutral umgesetzt werden kann und beauftragt die Verwaltung, die finanziellen Auswirkungen bei Projektbewilligung im Budget 2023 zu berücksichtigen sowie die Erträge und Aufwendungen in den Budgetentwurf 2024 einzuplanen.

Sachlage:

Der Städteregionsausschuss hat mit Beschluss vom 17.06.2021 (SV-Nr.: 2021/0333) die Verwaltung ermächtigt, im Rahmen des Projektauftrages „Stärkung der Suchtberatung für wohnungslose Menschen“ einen Projektantrag einzureichen. Im Fokus stehen chronisch suchtkranke Frauen, wobei die Hilfe bei Bedarf auch Männern in vergleichbaren Situationen offenstehen soll.

Die Projektteilnahme wurde mit Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 30.11.2021 für den Zeitraum 01.02.2022 bis 31.07.2023 bewilligt. Nach erfolgter Stellenausschreibung konnte das Projekt mit 1,0 Stelle Soziale Arbeit (Streetwork) personell besetzt und zum 15.02.2022 gestartet werden.

Aufgrund eines Projektauftrages zur Projektfortführung hat die Verwaltung (zur Fristwahrung) einen Folgeantrag gestellt. Das Projekt kann vom 01.08.2023 bis zum 31.12.2024 fortgeführt werden. Die entstehenden Sachkosten in der üblichen Größenordnung für Fahrtkosten, Büromaterial, Fachliteratur, Druckkosten u. ä. können über das laufende Budget abdeckt werden.

Dieser Verwaltungsvorlage ist ein aktueller Sachstandsbericht zum Projekt als Anlage beigefügt.

Personelle Auswirkungen:

Im Falle der Projektbewilligung wird das Beschäftigungsverhältnis mit der eingestellten Mitarbeiterin beim sozial-psychiatrischen Dienst des Gesundheitsamtes bis zum 31.12.2024 fortgeführt.

Finanzielle Auswirkungen:

Mit der beantragten Förderung in Höhe von rd. 89.000 € für die Projektlaufzeit können erneut die entstehenden jährlichen Personalkosten in Höhe von rd. 60.000 € zu 100 % gedeckt werden, so dass unter dem Vorbehalt der Projektbewilligung eine Ausnahme vom Personalbewirtschaftungskonzept vorliegt. Die entstehenden Sachkosten in der üblichen Größenordnung für technische Ausstattung, Fahrtkosten, Druckkosten u. ä. können über das laufende Budget abdeckt werden.

In den Entwurf des Budgets für das Haushaltsjahr 2024 werden die Personalkosten einerseits sowie die entsprechenden Einnahmen andererseits bei Produkt 07.01.01 –Öffentlicher Gesundheitsdienst– eingeplant.

Im Auftrag:
gez. Dr. Ziemons

Anlage:

Sachstandsbericht zum Projekt „Stärkung der niedrigschwelligen Suchtberatung für wohnungslose Menschen“

A 53 – Gesundheitsamt –
A 53.5/ Sozialpsychiatrischer Dienst

Aachen, im April 2023

Projekt „Stärkung der niedrigschwelligen Suchtberatung für wohnungslose Menschen“ – Sachstandsbericht

Umsetzungsstand der kommunenbezogenen Ziele

In der Beantragung des Projekts wurde ein besonderes Augenmerk auf die Zielgruppe von wohnungslosen oder von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen gelegt. Da es in der Städteregion Aachen bereits eine etablierte Landschaft von unterschiedlichen Angeboten für diese Zielgruppe gibt, bestand ein wichtiger Aspekt der Projektarbeit zunächst im Kennenlernen dieser Angebote und Träger. Insofern es ausdrücklich um eine Ergänzung der bestehenden Struktur ging, brauchte es intensives Netzwerken und gute Beziehungsarbeit, um im Weiteren eine enge, abgestimmte und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu erreichen und nicht in Konkurrenz zu treten.

Hierzu gehörte auch die Kontaktaufnahme zu anderen Trägern, Einrichtungen und Playern der sozialen Landschaft, wie Jobcenter, Sozialamt, Ärzte, Tafeln etc.

Aufgrund der Vielfalt der Angebote und der sich erst im Laufe der Arbeit abzeichnenden weiteren zu beteiligenden Einrichtungen (wie z.B. Frauen Notruf), wurde für diesen Teil des Projekts mehr Zeit und Arbeit aufgewendet, als ursprünglich im Projektplan veranschlagt. Als Erfolg dieser Strategie ist zu bewerten, dass im September 2022 ein Arbeitskreis „Sucht im Alter“ unter Federführung des Projekts mit Beteiligung psychiatrischer Kliniken, Vertreter_innen der stationären Altenhilfe und Vertreter_innen der kommunalen Suchthilfeverbände gegründet wurde.

In der Kooperation mit niedrigschwelligen Einrichtungen konnte sich das Projekt bei Klient_innen mit komplexen Bedarfen als Schnittstelle etablieren. Dabei standen häufig die Aufnahme einer Krankenversicherung, eine medizinische Grundversorgung und Kontaktaufnahme zu Behörden im Mittelpunkt. Eine schnelle und effektive Versorgung soll durch das Fallmanagement erreicht werden.

Im Projektzeitraum startete das Projekt „Liane“ der Wabe e.V. für Sexarbeiter_innen im Drogenmilieu der Stadt Aachen. Durch gemeinsame aufsuchende Arbeit konnte eine gute Zusammenarbeit werden. Bei Projektstart wurde die Zielgruppe des Projekts „Liane“ auf 17 Frauen geschätzt. Inzwischen sind 30 Frauen der Zielgruppe bekannt.

Evaluation

Durch die gute und intensive Vernetzungsarbeit konnte das Teilziel des professionsübergreifenden Fallmanagements bereits erreicht werden. Gerade in der Unterstützung für Schwerstabhängige Menschen, die kaum noch durch das Hilfesystem erreicht werden können, erwies sich, dass die gute Zusammenarbeit verschiedener Akteure bei Klient_innen Vertrauen wachsen ließ und die Bereitschaft der Zusammenarbeit förderte. Jeder dieser erfolgreichen Beratungs- und Unterstützungsprozesse festigte dabei wieder in der Folge das Vertrauen in die unterstützenden Systeme auch bei anderen Klient_innen, die über mündliches Weitererzählen davon Kenntnis erlangten.

Die aufsuchende Arbeit in der Stadt Aachen fand in Kooperation mit der Suchthilfe Aachen und dem Projekt „Liane“ der Wabe e.V. statt. Bei den gemeinsamen Rundgängen konnten durchschnittlich 30 Personen angetroffen werden, die dem Milieu der Zielgruppen zuzuordnen sind. Überschneidungen der Gruppen von Menschen mit Suchtmittelabhängigkeit und Menschen in Wohnungslosigkeit bedingen die Notwendigkeit einer noch stärkeren Verknüpfung der beiden Hilfesysteme. Das Projekt soll weiterhin die Träger und Einrichtungen auf diesem Weg unterstützen.

Um eine Quantifizierung der Unterbringungen wohnungsloser Menschen in der StädteRegion zu erreichen, wurden Zahlen der entsprechenden Plätze und der Belegung bei den Kommunen erfragt. Dabei fiel auf, dass es große kommunale Unterschiede in der Zuständigkeit und der Unterbringung wohnungsloser Menschen selbst gibt. So werden in einigen Städten in der StädteRegion Asylbewerber und wohnungslose Menschen gemeinsam untergebracht und teilweise auch gemeinsam quantifiziert. Dagegen werden in anderen Städten diese Gruppen getrennt untergebracht und zahlenmäßig erfasst.

Die Gesamtzahl der Plätze für wohnungslose Menschen in Übergangwohnheimen wird für die Städtereion auf ca. 800 Plätze geschätzt. In der Stadt Aachen werden exakt 494 Plätze vorgehalten. Die Kommunen im Altkreis halten ungefähr 300 Plätze vor, diese Zahl variiert leicht über die Zeit, da zum Teil nur temporär und nach Bedarf Wohnräume geschaffen/angemietet werden. Eine genauere, örtliche Erfassung der Plätze im Altkreis sowie der Belegungsraten sollen in der kommende Projektlaufzeit erfolgen.

Auch die Unterstützungsangebote für Bewohner_innen der Übergangwohnheime vor Ort fallen je nach Kommune sehr unterschiedlich aus. Sozialdienste dienen in vielen Übergangwohnheimen als Ansprechpartner_innen für Bewohner_innen, jedoch haben insbesondere im Altkreis nicht alle Übergangwohnheime einen Sozialdienst oder gleichwertige Unterstützung bei der Wohnungssuche etc.

Es ist gelungen, durch aufsuchende Arbeit weitere Kenntnisse über die individuellen Problemlagen, hier vor allem die Wohnungsnotlagen zu erlangen. Betroffene konnten

Vertrauen aufbauen und ermutigt werden, sich auf Hilfeprozesse einzulassen. Wegen des anhaltenden Mangels von Wohnraum, der sich durch die Zuwanderung vieler Geflüchteter im Rahmen des Ukraine-Kriegs eher noch verschärfte, war die Vermittlung in passende Wohnungen für das Klientel „Suchtkranke Menschen“ noch schwieriger als vorher und konnte bis auf wenige Ausnahmen nicht erreicht werden. Dennoch konnten die Bedarfslagen besser ermittelt und beschrieben werden und könnten somit in einer Fortführung des Projekts als Ausgangspunkt für Entwicklung bzw. Koordinierung weiterer Unterstützungsangebote dienen.

Konzeptanpassung bei Weiterführung des Projekts

Das bisherige Konzept erscheint weiterhin schlüssig und bedarfsgerecht. Besonders erweist sich die Zusammenführung der Arbeit in der direkten niedrighwelligen Arbeit mit der strukturellen Betrachtung des Arbeitsgebiets als sinnvoll und erfolgreich. Die bisherige Ausrichtung des Projekts soll fortgeführt werden. Im Laufe der Projektlaufzeit wurden weitere, ergänzende Ziele erkannt.

Darstellung des Bedarfs für die Weiterförderung

Wie oben beschrieben erwies sich im konkreten Handeln, dass nicht nur die vorher in den Blick genommenen Einrichtungen und Träger der Sucht- und Wohnungslosenhilfe, für die Arbeit relevant sind. Dies gilt auch für eine Reihe von Einrichtungen, die auf den ersten Blick nicht mit dem Projektthemen direkt in Verbindung stehen. Somit dauerte die Kennenlernphase deutlich länger als geplant, war aber auch fruchtbarer, da das Wissen um die vielfältigen Hilfesysteme sich direkt positiv auf die konkrete Arbeit für Klient*innen auswirkte.

So wird der neu entstandene Arbeitskreis „Sucht im Alter“ Bedarfe für eine gemeindenahe pflegerische Versorgung ermitteln. Konkret sollen Bedenken von Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten bezüglich einer Versorgung schwerstabhängiger Menschen erkannt werden. Da generell ein hoher Bedarf an Pflege besteht, können Menschen ohne langjährige Suchtmittelabhängigkeit oftmals schneller in einer pflegerischen Versorgung ankommen. Menschen mit schwersten Abhängigkeiten können in Einzelfällen zwar regional versorgt werden, jedoch finden Menschen der Zielgruppe meist nur außerhalb der StädteRegion einen stationären Pflegeplatz. Durch das professionsübergreifende Knowhow der Teilnehmer_innen des Arbeitskreises soll die regionale Versorgung für die Personengruppe weiterentwickelt werden. Bewährte Konzepte, regional und aus anderen Regionen, sollen miteinbezogen werden.

Es wird deutlich, dass es eine strukturelle Suchtkoordination braucht, um die Arbeit mit und für suchtkranke Menschen einerseits zu strukturieren und andererseits (neue) Bedarfe schnell zu erheben und zielorientiert zu bearbeiten. Mit der ersten Projektphase konnten gute und zielführende Meilensteine auf diesem Weg erreicht werden, für eine angedachte Verstetigung bedarf es jedoch noch weiterer Schritte:

- Weiterführung der begonnenen Netzwerkarbeit mit dem Ziel strukturierte Zielformulierungen für die einzelnen Arbeitsgruppen und Netzwerke zu erreichen
- Interne Abstimmung mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst, besonders hinsichtlich des künftig entstehenden GPV (Gemeindepsychiatrischer Verbund), in dem neben der Gruppe der psychisch erkrankten Menschen auch suchtkranke Menschen als Zielgruppe verortet werden sollen. Vorgespräche wurden bereits geführt.
- Besonderes Augenmerk auf die Versorgung der Menschen in Übergangwohnheimen im Altkreis Aachen.
- Entwicklung und Werbung für Ideen und Maßnahmen, die die Kommunikation zwischen verschiedenen Ämtern verbessern, mit dem Ziel, Klient_innen einen schnelleren Zugang zu Sozialleistungen und Gesundheitsversorgung zu ermöglichen.
- Prüfung der Übertragbarkeit alternativer Wohnkonzepte wie z.B. „Housing First“ für die StädteRegion Aachen, um auch bei angespanntem Wohnungsmarkt mehr Menschen vor Wohnungslosigkeit zu bewahren.
- Abgestimmtes Vorgehen mit dem Projekt „Endlich ein Zuhause“ des Jobcenters, um im Sinne von Synergien noch mehr Menschen zu erreichen.

Mit Blick auf die konkrete Arbeit mit Klient_innen bedeutet dies:

- Fortführung der vertrauensbildenden und niedrigschwelligen, zugehenden Arbeit mit besonderem Fokus auf die Situation von Frauen
- Weiterführung und ggf. auch Neuetablierung von niedrigschwelligen offenen Gruppenangeboten, wie dem Café in Eschweiler
- Sicherstellung des Angebots der Sprachmittler
- Werbung für eine Erhöhung der Anzahl von Substitutionspraxen bzw. für eine Sicherstellung der Nachfolgen der entsprechenden Praxen und Werbung für konsiliarische Substitution.

Aufgestellt:

Gez.: H. Baumsteiger